

Der preussische Wahlrechtskampf.

Abermalige Ablehnung des gleichen Wahlrechts. — Annahme des Kompromiß-Antrags Lohmann. Die Regierung lehnt den Kompromiß energisch ab.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Herr Dr. Paasche (Sp.) fortsetzend: Welch ein Widerspruch, diese Zulässigkeit für 50 Jahre. Abgeordneter kann man schon mit 30 Jahren sein. Die größten deutschen Dichtungen sind meist lange vor dem 50. Jahr geschrieben worden. Bismarck kann man mit einigen 30, Regierungspräsidenten mit 40 Jahren sein. (Witz. Adolf Hoffmann: Majestäts mit 17!) Ein Land kann man mit 18 Jahren regieren, aber die Zulässigkeit soll man erst mit 50 Jahren erhalten. Wenn wollen Sie damit treffen? Die Arbeiterkammer, von der große Teile nicht das durchschnittliche Lebensalter der übrigen Bevölkerung erreicht. Durch die Heraushebung der Kottenführer, Werkführer usw. glauben Sie eine besondere Schlantheit zu begeben. Sie wollen damit

einen Keil treiben zwischen die Arbeiter.

Aber die Arbeiterkraft merkt Ihre Abneigung und wird Ihnen einmütig dieses Kompromiß nur die Nase werfen. (Lebhaftes Zustimmung links, Lachen rechts.) Endlich sind diese fünfzig Jahre der Dorn der Konfessionen und der Sozialnationalisten für die Herzen an der Front, die unter Vaterland gereit haben? Der Begriff der Selbständigkeit ist sehr schwer abzugeben. Soll man den bürgerlichen Kleinrentner, der zeitweilig bei anderer Arbeit nimmt, oder den Hausindustriellen selbständig nennen? Handwerker und Kleinfabrikanten hat der Krieg die Existenz zerstört. Soll man sie nun auch noch politische Verluste, politische Strafe erleiden lassen? Wie sollen die Wählerlisten aufgestellt werden? Die Voraussetzungen dafür müssen einfach und klar sein. Hier kommen wir zu einem Seiten- und Nachweilungen, Nachprüfungen und Bedingungen von nicht zu übersehendem Umfang. Wer hat sich die Nachweisungen über eine schätzbar tüchtige in einem Betriebe, namentlich wenn Unternehmungen stattgefunden haben, anbedenkt? Ein Precht nach dem andern wird schon bei der Aufstellung der Wählerlisten erfolgen, wie viele werden da erit nach der Wahl kommen. Geradezu unbegreiflich ist es, den zweijährigen Wohnsitz nicht allein für die Gemeinde, sondern auch für den einen Wahlbezirk zu verlangen. (Zustimmung links.) Es ist ein Rechtsraub an den Arbeitern und selbst an den höchsten Beamten.

Minister des Innern Dr. Drews:

Wenn die Stellung des Kompromißantrags erfolgt ist in dem Sinne und zu dem Zweck, eine Einigung mit der Regierung herbeizuführen, so ist meines Erachtens nicht der richtige Weg eingeschlagen worden, daß man den Antrag erst in diesen Augenblicke vor das Haus gebracht hat. Ein Abweichen von dem bisherigen Standpunkte der Regierung, wie es das Eingehen auf diesen Antrag sein würde, wäre ja keineswegs zwischen Tür und Angel herbeizuführen. Was nun den Inhalt des Antrags anbelangt, so möchte ich hier mich nur mit einigen kurzen Worten begnügen. Die Regierung hat bereits bei dem früheren Antrag Lohmann erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, auf den Boden des Antrages zu treten, denn er widerspreche dem Prinzip des gleichen Wahlrechts. Es ist auch von dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums klar dargelegt worden, aus welchen Gründen der Antrag als nicht mehr in den Rahmen der Vorlage hineinzuweisen zu erachten sei. Der damals in veränderter Form eingebrachte Antrag Lohmann hat bereits von der Regierung die Erklärung ausgelöst, daß er dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts widerspreche, den die Regierung unbedingt festhalten müsse. In dem früheren Antrage Lohmann war wenigstens theoretisch dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, durch zehnjähriges Wohnsitz eine Zusatzstimme zu erwerben. Nach den vorliegenden Anträgen haben nur die geborenen Arbeiter, die Vorkarbeiter und Kottenführer diese Möglichkeit. Da nun nicht jeder Arbeiter Vorkarbeiter werden kann, der aber mindestens fünf Arbeiter die Aussicht führt, so schaltet von vornherein ein großer Teil unserer Arbeiterkraft von der Erlangung der zweiten Stimme und somit von der gleichen Verteilung des Wahlrechts aus. Dagegen kann der Unternehmer bereits nach einjährigem Wohnsitz die Zusatzstimme bekommen, was für das Nichtunternehmertum ebenfalls ausgeschlossen ist. Es wird also auch hier eine unterschiedliche Behandlung eingeführt.

Schon so nun, wie der erste Antrag Lohmann keinen geeigneten Boden für die Regierung abgeben hat, muß auch namens der künftigen Staatsregierung die Erklärung abgegeben werden, daß wir uns auch auf den Boden des vorliegenden Antrages nicht stellen können und ein Zustandekommen der Vorlage auf dem Boden dieses Antrages für die Regierung ausgeschlossen ist. (Lebhaftes Geklirr links.)

Abg. Lucas (Natl.): Meine politischen Freunde haben immer erklärt, daß sie bereit sind, alle diejenigen Vor schläge zuzubilligen, welche die Regierung als im Rahmen der Regierungsvorlage, des gleichen Wahlrechts und der künftigen Volkshilfe liegend erachten würde. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung dem Kompromißantrag nicht zustimmen kann, und ich erkläre für meine Freunde, daß auch wir diesen Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind ganz unannehmbar. (Beifall links.) Sie müssen draußen im Lande Entzündung hervorzurufen. (Erneuter Beifall links.) Sie sind eine erhebliche Verschlechterung des früheren Antrags Lohmann. Sie lehnen fast wie

eine Proklamation des Volkes

aus. Aus volkster politischer Überzeugung traten wir diesen Anträgen entgegen, und ich erkläre, daß die nationalliberale Partei im Lande in ihrer überwältigenden Mehrheit hinter uns steht. (Beifall links.) Wir hatten erst an dem Willen, ein gerechtes und gleiches Wahlrecht einzuführen.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.): Es ist nicht länger Willkür, wenn die Regierung so spät benachrichtigt worden ist. (Zu-

rufe links.) Ich muß verlangen, daß Sie meinen Vorschlag. Ich bin nicht gewöhnt, die Unnothigkeit zu sehen, daß wir bezaunert außerordentlich, daß die Verhandlungen nicht früher zustande gekommen sind. Unser Ziel war, einen Teil des Zentrums für unsere Anträge zu gewinnen. Die Herrens sind aber erst jetzt nach Berlin gekommen, so daß

erst heute morgen der Möglichkeit des Kompromisses erfolgen konnte. Eine Frage will ich noch hervorheben, nämlich die, inwieweit das Verhalten der Sozialdemokraten abhängig ist von der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zum gleichen Wahlrecht. Der Minister hat die Abhängigkeit bestritten. Er meinte, bei einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde ein hartes Anwachen der Sozialdemokratie erfolgen. Nach meiner Meinung hängt das Anwachen der Sozialdemokratie und des Zutrittes des Mittelstandes zur Sozialdemokratie eriens von der Frage ab, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestalten werden, zweitens, welches Maß von parlamentarischen Einflüssen die Sozialdemokratie hat, und drittens von dem Grade der Wirtschaftsmoralität der Verwirkelichung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie würde für ein solches Maß recht keine besondere Dankbarkeit bezeugen. Aus Arbeiterkreisen ist mir gesagt worden, daß das Reichstagswort recht nicht die gleiche Vertretung aller Stände, sondern die Herrschaft eines Standes ist. (Lachen links und Zurufe: Sie kennen die Volkseele!) Ich kenne eine Volkseele, die anders ist wie die des Herrn Hoffmann.

Abg. Korfatz (Natl.): Wir lehnen dieses insgesam vorbereitete Kompromiß ab. Der Prozess für die Demokraten ist ein Rechtsraub.

der an dem polnischen Volke begangen werden soll. Wir halten fest am gleichen Wahlrecht und lehnen das Rechtsraub-Kompromiß ab.

Abg. Heinert (Sp.): Das ist jetzt die vierte Offenbarung der Wahlrechtsfrage.

Ihr Sieg würde dem Volke zum schärfsten Unheil werden. Doch die Verschwörer gegen die Wahlen des Volkes eine solche Menge von Verschönerungen und einem so niederrichtigen Rechtsraub noch ausfinden würden, kann beinahe noch übertrieben. Und all das soll nach durch dreierlei Mehrheit gesichert werden. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, dem Volke in dieser Zeit so etwas zu bieten. Der Zweck ist die Bereinigung der Kultur des östpreussigen Ostpreussens für ganz Preußen. Es ist eine elende, demagogische Wahlpolitik.

Die Abstimmung. In der Eingangsberatung wird zunächst § 1 des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Kompromißantrag, wonach zur Ausübung des Wahlrechts zweijähriger Aufenthalt in der Gemeinde notwendig ist, in namentlicher Abstimmung mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen, so daß dadurch ein Zentrumsantrag, der die Aufhebungsbauer auf ein halbes Jahr beschränkt, weil erledigt ist. In § 5 wurden die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach jeder Wähler eine Stimme haben soll, ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 164 Stimmen angenommen. Hierauf wurde zunächst ein Antrag Dr. Sagenmüller (Natl.), wonach für den Fall der Annahme des Antrags Lohmann auch weiterhin eine Zusatzstimme erhalten solle, der einen eigenen Ansehens führt, aber als Kriegsteilnehmer im Sinne des Reichsgesetzes vom 7. September 1915 anzusehen ist, mit 251 gegen 147 Stimmen bei zwei Stimmenhaltungen abgelehnt und schließlich

der Kompromißantrag Lohmann und Gen. mit 285 gegen 154 Stimmen angenommen. Bei der Beratung des § 2, zu dem ebenfalls ein Antrag der Kompromißpartei auf Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Bezirken der Ostmark vorlag, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 1/2 Uhr.

Abg. Lohmann legt den Vorsitz in der nationalliberalen Fraktion nieder.

Neuwahl eines Vorsitzenden am Mittwoch.

Der Abg. Lohmann hat, der „Voll. Ztg.“ zufolge, zu Beginn der Sitzung den Vorsitz der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses niedergelegt. Am Mittwoch waren die nationalliberalen Abgeordneten zu einer Sitzung zusammengetreten worden, deren Mittelstück natürlich die Debatte über den Wahlrechtskompromiß bildete. Es kam zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit und insbesondere wurden heftige Anwürfe gegen den Vorsitzenden der Fraktion gerichtet, der sich, wie die Veränderung des ursprünglich seinen Namen tragenden Wahlkompromisses bemerkt, durchaus nur noch als Bevollmächtigter und Führer einer Minderheit innerhalb der nationalliberalen Fraktion sieht. In die Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit des Lohmannschen Vorschlages soll der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedländer einbezogen haben, dessen Ausführungen aufeinander schließlich wohl auch in der Hauptsache zur Niederlegung des Vorsitzes seitens des Abgeordneten Lohmann führten.

In einer Neuwahl des Vorsitzenden ist es am Dienstag noch nicht gekommen. Eine nationalliberale Fraktionssitzung ist für Mittwoch anberaumt: Wahl eines Vorsitzenden steht auf der Tagesordnung.

Die „Voll. Ztg.“ schreibt dazu: Es wird über Wahrscheinlichkeit nach einem ziemlich heftigen Kampf innerhalb der Fraktion geben. Wie die Dinge jedoch liegen, glaubt man nicht daran, daß Dr. Lohmann wiedergewählt werden wird. Der instehende Führer der Partei, der die Mehrheit darstellt, scheint für den Fall einer Wiederwahl Lohmanns entschlossen zu sein, die Fraktion zu einer Wiedervereinigung mit dem nationalliberalen Vereinigung einer Sonderorganisation zu bilden. Wie die Dinge in der nationalliberalen Partei liegen, namentlich aber nach der einmütigen Stellung des Preisentages und auch nach der Stellung der Reichstagsfraktion dürfte man daran zu zweifeln sein, daß eine solche Organisation die Genehmigung der Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion erhalten würde.

den Gelegetung, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der indirekten Besteuerung und endlich auch auf diesem Wege eine Ueberwindung des Nationalitätenproblems, das in nicht zu fern Zukunft ja doch die Welter für überaus mehr nach wirtschaftlichen als nach völkerrichtlichen Gesichtspunkten zu regeln werden. Das hier entworfene Programm der Reichsstellung für die Bündnisverhandlungen enthält weiter die grundsätzliche Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit aller Länder, die grundsätzliche Betonung auch der neuen Verträge als eines neuen Bündnisses, und nicht Anknüpfung an die Verhältnisse der Vergangenheit, und die Forderung, daß die durch das Schicksal und Traumbündnis miteinander verbundenen Staaten auch im gleichen Verhältnis zu den Parteien dieses Bundes beitragen und für gleichmäßige Ausübung, Bewahrung, Ausübung und Fortwahrhaltung Sorge zu tragen haben usw.

Der Minister geht soweit zu erklären, daß jetzt in der Stunde, da Graf Buriac nach Berlin kommt, um den letzten Schritt für den Beginn der Bündnisverhandlungen zu geben, die Abreise für das ganze fernere Schicksal Deutschlands und Oesterreich-Ungarns fallen müssen, und daß daher nur eine großzügige und rasche Lösung denkbar sei, die sich nicht an relativ kleine, wenn auch an sich beachtenswerte Interessen klammert und die unter keinen Umständen verschleppt werden müßte. Gerade die Mächtehaftigkeit der Entente und die fast reine Offenheit, mit der sie verhandelt, die mitteleuropäische Verbindung noch in letzter Stunde zu hintertreiben, bescheiden die Möglichkeit dieser Vorfälle. Die Verwirkelichung des Erlaß-Briefes durch Clemenceau war der Ausgang dieser Mächtehaftigkeit, der jüngste Aufbruch Georges an die Stamen zum Sturm auf gegen Mittel Europa war die Fortsetzung. Die dabei nach dem eben erhaltenen Schlägen auch immer festzustellende maßlose Ueberhebung der eigenen Worte und Anziehungskraft auf Seiten der Entente kann wohl freilich nur komisch wirken. Das feindselige Unterlassen, das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu untergraben, ist der letzte dergewiesene Versuch, die Richtung über Hofe und Kabinette die Entscheidung des Schicksals über die Fertigkeiten. Wir sehen mit dem Minister in der Vertiefung des deutsch-österreichischen ungarischen Bündnisses und in der Vertiefung des mitteleuropäischen Bündnisses, in der weiteren politischen und wirtschaftlichen Vertiefung endlich zwischen dem neuen Bund, den russischen Randländern, Bulgarien und der Türkei ein, vielleicht das einzige Mittel zur Beendigung des Kampfes und zur dauernden Erhaltung des Friedens.

29 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Berlin, 11. Juni. Die letzten Nächte waren für die Zerstörer unserer Bombenabwerfer im allseitigen Angriff. Diese richteten ihre Angriffe auf die feindlichen Fliegmaschinen, in denen die durch unsere Bomber bis zur Marine aus ihrer eigenen Reihen verdrängten feindlichen Verbände die gefährlichste Aufgabe zu bewältigen hatten, und ferner gegen Bahnhöfe und Eisenbahnen des Gegners, die infolge der Besetzung der Reden und der Wiederherstellung der durch unsere Bomber zerstörten eisernen Verbindungen die Befehle ausliefern, und deren Verkehr unterhalten wurden. Unsere Truppen leisteten dem Feinde fast ununterbrochen, jähren Widerstand. Die Feinde konnte durch wiederholte Sturmangriffe und um den Preis schwerer Opfer die Dörfer Wetz, Wetz und St. Man nehmen. Die hoch oben von Wetz aus der Schanzplatz selbstmörderischer Kämpfe. Gänzlich erfolglos war die letzte Nacht auf die südlichen Jagd und mehr als 2000 Mann, und deren Verluste waren dem Feinde, aus dem Walde von Hiesingen herauszutommen. Auf unseren linken Flügel, zwischen Courcelles und Wobcourt, brachen wir die feindlichen Angriffe und besetzten unsere Stellungen. Am Morgen der Dörfer Wetz in Besitz der Deutschen, dort wiederzunehmen.

Eingeständnis des deutschen Sieges.

Frankfurter Bericht vom 10. Juni, abends. Während des zweiten Tages der Offensive verlor der Feind durch mächtige und von neuen Streitkräften unauflöslich verstärkte Angriffe in Richtung auf Arras, St. Denis und Wobcourt vorzudringen. Unsere Truppen leisteten dem Feinde fast ununterbrochen, jähren Widerstand. Die Feinde konnte durch wiederholte Sturmangriffe und um den Preis schwerer Opfer die Dörfer Wetz, Wetz und St. Man nehmen. Die hoch oben von Wetz aus der Schanzplatz selbstmörderischer Kämpfe. Gänzlich erfolglos war die letzte Nacht auf die südlichen Jagd und mehr als 2000 Mann, und deren Verluste waren dem Feinde, aus dem Walde von Hiesingen herauszutommen. Auf unseren linken Flügel, zwischen Courcelles und Wobcourt, brachen wir die feindlichen Angriffe und besetzten unsere Stellungen. Am Morgen der Dörfer Wetz in Besitz der Deutschen, dort wiederzunehmen.

Plündernde englische Soldaten.

Berlin, 11. Juni. Während des deutschen Vormarsches trafen die Geiseln einer Internierkategorie am 31. Mai in Antwerpen (Niederlande) unter den menschenwürdigsten Umständen ein etwa 8000 Mann starkes, der am Tage eine große Beute aus wertvollen Gegenständen, darunter auch wertvolle Gemälde, und deren Verluste waren dem Feinde, aus dem Walde von Hiesingen herauszutommen. Auf unseren linken Flügel, zwischen Courcelles und Wobcourt, brachen wir die feindlichen Angriffe und besetzten unsere Stellungen. Am Morgen der Dörfer Wetz in Besitz der Deutschen, dort wiederzunehmen.

Die Lebensmittel-Versorgung der Entente.

WTB, London, 10. Juni. (Kont.) Heute wurde der Bericht der internationalen wissenschaftlichen Lebensmittel-Kommission veröffentlicht. Die Kommission hat zwei Sitzungen abgehalten, die am 2. und 3. Juni in Paris, die zweite am 29. April in Rom. Die Kommission entschied sich, daß ein Mann mit dem Durchschnittsgewicht von 70 kg, der 2000 Kalorien pro Tag benötigt, 2000 Kalorien pro Tag benötigt. Eine Berechnung von 10 Prozent kann jedoch eine Zeit lang ohne Gesundheitsabnahme getragen werden.

15 Milliarden Mark.

Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe.

WTB, Berlin, 11. Juni. Das Ergebnis der 8. Kriegsanleihe stellt sich nach Ablauf der Zeichnungsfrist (18. 5.) um mehr als 15 000 425 400 Mark. Die bei der ersten Zeichnung ausgeprognostizierte Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch Annahmen von rund 1/4 Milliarde Mark erfüllt.